

Herausgeber:

**DKP Deutsche
Kommunistische Partei
im Essener Norden**

Verant.: I. Thoma, Hoff-
nungsstr. 18 ,45127 Essen

www.dkp-essen-bezirkV.de
www.dkp-essen-bezirkVI.de

Druck: Eigendruck

Nr. 1/ 35. Jahrgang

Zeitung der DKP für die Stadtbezirke V und VI

April 2008

Sozialticket im Öffentlichen Nahverkehr

Armut ist keine Randerscheinung, sie ist bei 27.200 Kindern in unserer Stadt bereits bittere Realität. Sie trifft auch Bezieher von Arbeitslosengeld II und Rentner. Der Öffentliche Nahverkehr ist gerade für diese Menschen die einzige Möglichkeit, einzukaufen, nach Arbeit zu suchen und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Selbst der günstigste Tarif für die Monatskarte im VRR liegt mehr als doppelt so hoch wie es im monatlichen Regelsatz des Arbeitslosengeldes II vorgesehen ist. Angesichts dessen haben Städte wie Dortmund und Berlin bereits ein Sozialticket eingeführt. In Dortmund kostet dieses Ticket monatlich 15,- €. Der Antrag der Fraktion Linke/DKP/AUF, in Essen ein Sozialticket einzuführen, wurde im Rat behandelt. Dieser beschloss, das Anliegen zu prüfen und gegebenenfalls ein Sozialticket einzuführen, wenn es ...die Stadt kein Geld kostet. Welch ein Hohn! Natürlich erfordert

ein Sozialticket einen öffentlichen Zuschuss. Dies wäre auch kein Problem: Es gibt genug, wofür die Stadt auf der anderen Seite Steuergelder verschleudert. —>



Kinderferienfahrt der DKP nach Nordfrankreich

Wo verschwinden die Steuergelder?

Sinnlose Mieten

Die Stadt Essen hat 2002 Teile der Weststadthalle für 20 Jahre angemietet, zu jährlichen Mietkosten von 183.600,- €. Bei dem Versuch, diese Halle weiterzuvermieten, erlitt die Stadt mehrere Pleiten, eine davon war „Stars in Concert“. Wenn sie weiterhin keine Mieter findet, bleibt die Stadt noch 14 Jahre auf jährlichen Mietkosten von 183.600,- € sitzen.

Eine ganz private Angelegenheit

Das Gericht hat entschieden, dass Bürgermeister in NRW die Bezüge aus Aufsichtsratsposten von Unternehmen mit öffentlichen Beteiligungen behalten dürfen und nicht wie bislang an die Stadtkasse abführen müssen. Kommt der Widerspruch gegen dieses Urteil nicht durch, dann dürfen demnächst Bürgermeister alle diese Einnahmen behalten, unser Essener Oberbürgermeister Reiniger zum Beispiel 175.000 Euro jährlich als Aufsichtsrat von der RWE-AG.

Es heißt doch, die Bürgermeister wären in diesen Aufsichtsräten, um als gewählte Vertreter die Interessen der Bevölkerung zu vertreten. Warten wir ab, wie sich unser Oberbürgermeister entscheiden wird.

Vorstandsgehälter städtischer Gesellschaften

Essener Rat beschließt... nichts zu beschließen

Einstimmig hat der Rat im Februar 2008, nach drei vergeblichen Anläufen, endlich einen Antrag der Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF beschlossen, in dem die Geschäftsführer der städtischen Gesellschaften dazu aufgefordert werden, ihre Gehälter offen zu legen. Hat die CDU etwa ihre Meinung geändert und ist auf einmal dafür, Gehälter von Managern und Vorständen offen zu legen?

Die Antwort steckt im Kleingedruckten:
Der Rat der Stadt hat nur

beschlossen, die Vorstände und Geschäftsführungen der städtischen Gesellschaften

Wer hat Angst vor der DKP?

Geradezu panikartig reagierte die Presse auf den Einzug einer DKP-Kandidatin in den Niedersächsischen Landtag: Teilweise ganze Seiten und Schlagzeilen auf der Titelseite war ihnen die rote Gefahr wert. Wie kommt es, dass sie gerade bei der einen Vertreterin der DKP so rot sehen, nicht aber bei den deutlich mehr Abgeordneten der Linkspartei?

Der Grund ist einfach: Trotz etwas Scheingezeter der CDU und auch in den Reihen der SPD bei denjenigen, die fürchten, an die Linkspartei Stimmen zu verlieren, haben sich Wirtschaft, Medien und Politik schon längst mit Teilen der Linkspartei arrangiert. Wohlwollend haben sie zur Kenntnis genommen, dass diese Teile der Linkspartei zwar sozial kritische Forderungen stellen, in ihren Taten jedoch völlig das bestehende System akzeptieren und die herrschende Politik mitmachen.

Das stellen sie tagtäglich in den Bundesländern unter Beweis, in denen sie mit in der Regierung sind. In Berlin haben sie den Ausstieg des Landes aus der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Dienst beschlossen. In den Landesregierungen in Ostdeutschland, an denen sie beteiligt sind, setzten sie skrupellos HartzIV um. Sie beschließen Millionensubventionen für Großkonzerne mit. Und in Essen haben sie mit Ja gestimmt zum Millionengrab Zollverein.

Damit enttäuschen sie auch die Hoffnungen der Wähler, die die Linkspartei gerade gewählt haben, um ihrer Wut über diese Politik und ihrer Hoffnung auf eine gesellschaftliche Alternative

Ausdruck zu verleihen.

Und was macht die DKP? Überall dort, wo sie – wie im Rat der Stadt Essen – vertreten ist, sind die Herrschenden nicht mehr ungestört: Ob Steuergeschenke an die großen Konzerne, Mauseheleien im Hinterzimmer, kleine „Geschenke“ von Unternehmen an Politiker, die DKP bringt an die Öffentlichkeit, was alle so gerne geheim halten würden.

Und sie trägt umgekehrt die Forderungen und Meinungen der einfachen Bevölkerung, der Arbeiter, Arbeitslosen und Rentner in die Parlamente, vertritt dort lautstark die Anliegen zum Beispiel von Streikenden oder Bürgerinitiativen.

Die DKP tritt ein für die Enttöpfung der Milliardäre und Millionäre. Sie will die Macht der Konzerne brechen. Sie findet, dass der von der arbeitenden Bevölkerung erwirtschaftete Reichtum auch in die Hände der Bevölkerung gehört. Das ist im Kapitalismus nicht machbar. Deshalb kämpft die DKP für eine andere Gesellschaftsordnung.

Dass diese Ideen von mehr und mehr Menschen aufgegriffen werden, genau davor haben das Kapital und seine Politiker Angst – zu recht.

zu „bitten“, „sich damit einverstanden zu erklären“, dass ihre Gehälter veröffentlicht werden. Ob diese der Bitte nachkommen, das bleibt ihnen überlassen.

Obwohl ihre Gehälter aus städtischen Geldern bezahlt werden, dürfen sie sie der Bevölkerung und ihren Beschäftigten auch weiterhin verheimlichen.

Die Ratsherren hatten dafür

auch eine Ausrede parat: Aus rechtlichen Gründen dürften sie Geschäftsführungen und Vorstände nicht zwingen, ihre Gehälter zu veröffentlichen.

Merkwürdig: Wenn es um die Rechte von HartzIV-Empfängern oder um heimliche Online-Durchsuchungen bei allen Bürgern geht, haben dieselben Herren wesentlich weniger rechtliche Skrupel. Da ändern sie notfalls einfach die Gesetze.

Tarifabschluss öffentlicher Dienst

Das Geld für die Lohnerhöhungen ist da!

Nach dem Abschluss eines Tarifvertrages im öffentlichen Dienst wettren die Kommunen doch tatsächlich selbst noch gegen dieses bescheidene Ergebnis: 50 Euro und 3,1% in diesem, 2,8% im nächsten Jahr sind nun wahrlich alles andere als „wahnsinnige“ Lohnerhöhungen – im Gegenteil: Angesichts der Tatsache, dass die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst seit 2004 keine Lohnerhöhung mehr erhalten haben, ist dieser Abschluss nicht einmal ein Inflationsausgleich!

Dennoch zetern auch in Essen die Politiker jetzt: Der Abschluss würde sie in den nächsten zwei Jahren 22 Millionen Euro Kosten. Die Stadt droht damit, jetzt die Gebühren zu erhöhen. Komisch: Wenn wieder mal die Diäten der Politiker um 9% steigen, redet keiner von Erhöhungen der Gebühren. Und umgekehrt hatten die Politiker auch kein Problem, die Gebühren in den letzten Jahren zu erhöhen, obwohl da die Beschäftigten Nullrunden hatten.

Nebenbei: Die Hälfte der

Lohnerhöhung landet über die Steuern eh wieder in den öffentlichen Kassen.

Die Stadt kann problemlos diese Lohnerhöhung finanzieren, auch ohne die Gebühren zu erhöhen. Allein das Geld, das die Stadt in diesen zwei Jahren der Steag schenkt, könnte die Mehrkosten durch die Lohnerhöhung locker decken.

Die Politik lässt ohnehin keine Gelegenheit aus, um die Unternehmen und Reichsten mit Steuergeldern zu mästen: Ob die Schuldzinsen an die großen Banken, Subventionen für Unternehmen wie Nokia, der Erlass der Gewerbesteuer oder die Unternehmenssteuerreform 2008, mit der die Körperschaftsteuer für Unternehmen von 25% auf 15% gesenkt wurde.

Man kann sich nur freuen, dass mit dem Tarifabschluss ein kleiner Teil des öffentlichen Geldes mal in die Taschen der Krankenschwestern, Müllwerker und Busfahrer gelangt statt in die der großen Konzerne.

Weltweite Finanzkrise

Die Gewinne für die Spekulanten Die Verluste für die Bevölkerung

Einstürzende Börsenkurse, Banken wie die WestLB, die IKB, die BayernLB, die kurz vor der Pleite stehen, eine Deutsche Bank und Dresdner Bank, die Milliarden verlieren: Die Bankenkrise aus den USA ist auch in Deutschland angekommen.

Mehrere Jahre haben Banken und große Unternehmen weltweit mit der Spekulation auf Immobilien-Wertpapiere Milliarden verdient. Doch dann platzte die Spekulationsblase mit dem Zusammenbruch des US-Immobilienmarktes. All die Wertpapiere, die spekulierende Banken und Unternehmen wie wild gekauft hatten, wurden im Sommer 2007 mit einem Schlag wertlos. Die ersten Folgen treten

seitdem nach und nach ein: Milliardenverluste bei einigen Banken, Banken, die aus Angst keine Kredite vergeben, Konkursdrohungen.

Milliarden zur Rettung der Spekulanten
Um dies zu verhindern, sind auch in Europa die Regierungen sofort zur Rettung der Spekulanten geeilt: Über 500 Milliarden Euro haben die Europäische Zentralbank und die Zentralbanken der

einzelnen Länder bereits den in Schwierigkeiten geratenen Banken geliehen. Selbst Landesregierungen sind beteiligt: So übernimmt das Land NRW Zahlungen von bis zu 5 Milliarden Euro bei der WestLB.

Die Bevölkerung zahlt die Zeche
Diese Milliarden kommen auch in Deutschland aus den Öffentlichen Kassen. Dutzende Milliarden, die für Schulen und Krankenhäuser fehlen, die neue Sparmaßnahmen im sozialen Bereich rechtfertigen werden. Sie bedeuten auch eine Steigerung der Inflation, das heißt steigende Preise, die unsere Löhne weiter auffressen... während wir uns gleichzeitig anhören können,

dass wir aufgrund der Krise keine Lohnerhöhungen fordern dürfen. Und für wie viele Firmen wird die Bankenkrise der Grund werden, um Entlassungen, Sparpläne, Verschlechterungen durchzusetzen?

Ganz zu schweigen davon, was passiert, falls trotz der Milliardenengpässe an die Banken die Finanz- und damit Wirtschaftskrise nicht aufzuhalten ist. Schon jetzt haben Zehntausende im Bau- und im Bankensektor der USA ihren Job verloren.

Und das alles, weil einige Banken und Großkonzerne nichts besseres zu tun hatten, als mit Milliardeneinsätzen Roulette an der Börse zu spielen.

Streik im Einzelhandel

Für höhere Löhne und Sicherheit

Schon seit Ende 2007 streiken die Beschäftigten im Einzelhandel immer wieder tageweise. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 4,5%, den Erhalt der Zuschläge für Samstags-, Spät- und Nachtarbeit, einen Sicherheitstarifvertrag und einen Mindestlohn von 1500 Euro.

Im Einzelhandel haben die Beschäftigten die Preissteigerungen jeden Tag vor Augen. 4,5% und 1500 Euro Mindestlohn sind die unterste Grenze, um der Inflation zu begegnen. Die Unternehmer besitzen die Dreistigkeit, stattdessen nur 1% anzubieten! Und eigentlich nicht mal das: Nachdem die Beschäftigten seit dem neuen Ladenschlussgesetz teilweise bis 22 Uhr arbeiten müssen, verlangen die Unternehmer jetzt die Abschaffung der Zuschläge für Spät- und Samstagsarbeit.

Auch weigern sie sich, für die Sicherheit der Beschäftigten zu sorgen und der Forderung der Streikenden nach einer Mindestbesetzung der Läden nachzukommen. Aus demselben Grund verlangen die Streikenden, dass nicht ein Kollege alleine mit den hohen Tageseinnahmen zur Bank geschickt werden darf, sondern dass Sicherheitsfirmen oder der Chef selber das Geld zur Bank bringen soll.

Alle großen Einzelhandelsketten haben riesige Gewinne gemacht. Die drei reichsten Deutschen sind Besitzer solcher Ketten. Es wäre absolut kein Problem, die Forderung der Streikenden zu

erfüllen. Diese sind nur das Mindeste, von dem was eigentlich nötig wäre. Streik ist das einzige Mittel, die Unternehmen zum Nachgeben zu zwingen. Bei REWE hat der Streik auch schon zu einem kleinen Erfolg geführt. Verdi und der REWE - Konzern haben einen vorübergehenden Tarifvertrag abgeschlossen, der zumindest eine Lohnerhöhung von 3% ab dem 1.1.2008 vorsieht, rückwir-

kende Zahlungen für 2007 und den Erhalt der Spät- und Nachtzuschläge vorsieht. Die Samstagszuschläge sollen allerdings gestrichen werden, wodurch ein Teil der Lohnerhöhung wieder aufgefrisst wird. Angesichts der Hartnäckigkeit der anderen Einzelhandelskonzerne haben die Beschäftigten nur eine Chance: Ihre Streiks auszuweiten und möglichst lange und gleichzeitig durchzuführen.

Am falschen Ende gespart

2 Millionen weniger für die Bibliotheken 1 Million mehr für Zollverein

11,9 Millionen Euro hat die Stadt bereits in verschiedenen Projekten im Millionengrab Zollverein versenkt. Allein in der letzten Ratssitzung wurden munter noch einmal 1 Million Euro hinterher geschoben. Essen, eine Stadt, die Millionen zu verschenken hat? Weit gefehlt.

Im gleichen Zeitraum wurde zurück gefahren und die die Sportförderung massiv nächsten drastischen Ein-

sparungen jetzt bei den Schwimmbädern stehen vor der Tür.

Auch der Bibliotheksetat wurde in dieser Zeit um 2,2 Millionen, rund 20%, gekürzt. Nach Informationen der DKP werden in der Stadtkämmerei schon heute Pläne ausgearbeitet, diesen Etat um weitere 1,2 Millionen zu verringern. Dies wird weitere Kürzungen der Öffnungszeiten, Schließungen und Personalabbau zur Folge haben. Schon jetzt werden seit Monaten keine neuen Bücher und andere Medien mehr angeschafft. Und dies bei steigenden Benutzertzahlen in allen Essener Bibliotheken!

